

Niederschrift

über die 1. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 23.11.2022

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens,
Weserstraße 1, 26419 Schortens

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesend sind:

stv. Ausschussvorsitzender
RM Maximilian Striegl

Ausschussmitglieder
RM Heide Bastrop
RM Ingbert Grimpe
RM Dennis Gunkel
RM Detlef Kasig
RM Hans Müller
RM Manuela Röttger

stv. Ausschussmitglieder
RM Axel Homfeldt bis einschließlich TOP 9
RM Heino Putzehl

Grundmandat
RM Janto Just bis einschließlich TOP 9

Von der Verwaltung nehmen teil:
Bürgermeister Gerhard Böhling
StAR Marco Kirchhoff
VA Olaf Kollmann
StAR Andreas Stamer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der stellv. Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Der stellv. Vorsitzende weist auf die vorliegenden Anträge zu TOP 8 „Haushalt 2023“ hin.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 12.10.2022 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift vom 12.10.2022 - öffentlicher Teil wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. Sachstand der Digitalisierung und der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in der Stadt Schortens, **SV-Nr. 21//0411**

StAR Stamer stellt den Sachstand der Digitalisierung und der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in der Stadt Schortens vor.

RM Homfeldt fragt nach, ob die Ziele in einem Projektmanagementplan erfasst wurden und welche Ressourcen notwendig sind, um diese zu erreichen.

StAR Stamer entgegnet, dass es derzeit schwierig ist, den konkreten Personalbedarf festzustellen, so dass die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes derzeit nebenher mit erledigt werden muss.

Zur nächsten Ausschusssitzung wird die Verwaltung die am stärksten nachgefragten Topdienstleistungen darstellen sowie eine Strategie mit Zielen und Personalbedarf erarbeiten.

BM Böhling erkundigt sich, ob es einen festgelegten Zeitpunkt für die Fertigstellung gibt.

StAR Stamer antwortet, dass Teilbereiche des OZG bis Ende des Jahres umgesetzt sein müssen.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

7. Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Schortens, **SV-Nr. 21//0397**

StAR Kirchhoff stellt den Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Schortens vor.

Der stellv. Vorsitzende regt an, den Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schortens regelmäßig im Ausschuss vorzustellen.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

8. Haushalt 2023, Investitionsprogramm 2023-2026 **SV-Nr. 21//0410**

StAR Kirchhoff stellt Haushalt 2023 und das Investitionsprogramm 2023 - 2026 vor.

BM Böhling ergänzt, dass der Haushalt ein Volumen von rund 40 Mio. Euro hat. Aufgrund der frühen Erstellung des Haushaltsplanes sind noch einige Unwägbarkeiten enthalten, die möglicherweise im Rahmen eines Nachtrags korrigiert werden müssen.

Der Grundbetrag für den kommunalen Finanzausgleich liegt voraussichtlich erst Anfang Dezember vor. Er geht jedoch davon aus, dass die Verwaltung mit einem realistischen Wert gerechnet hat.

Weiterhin ist noch keine Erhöhung der Kreisumlage aufgrund der Kündigung des Kita-Vertrages berücksichtigt. Derzeit wurde mit der aktuellen Kreisumlage in Höhe von 51 Punkten gerechnet. Für Schortens entspricht ein Punkt Kreisumlage etwa 250.000 €. Er weist darauf hin, dass die Stadt Leer ebenfalls den Kita-Vertrag mit dem Landkreis gekündigt hat und dieser für Leer die Kreisumlage für fünf Monate um sechs Punkte erhöht hat.

RM Homfeldt dankt der Verwaltung für den ausgeglichenen Haushalt. Er ergänzt die Ausführungen von BM Böhling, dass noch weitere Haushaltsrisiken nicht oder nur in Teilen eingeflossen sind.

Der Landkreis wird seinen Haushalt nicht vor Mitte/Ende Januar beschließen. Möglicherweise wird die Kreisumlage für alle Kommunen um bis zu zwei Punkte erhöht. Außerdem ist im Haushalt eine Tarifierhöhung für die Mitarbeiter von lediglich 4 % berücksichtigt und die Stadt muss zum 1.1.2024 den Energiebezug neu ausschreiben.

Dennoch ist es wichtig, den Haushalt jetzt zu beschließen, um eine möglichst frühe Haushaltsgenehmigung und damit Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu erreichen.

Voraussichtlich muss im Frühjahr ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden.

RM Just schlägt vor, die betreute Jugendarbeit an den Kreis abzugeben und so weitere 400.000 € einzusparen. Weiterhin soll das Projekt HFC/Schoost umgesetzt werden, da so 800.000 € zusätzlich eingenommen werden könnten. Er dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

RM Kasig dankt der Kämmerin Elke Idel und der Verwaltung, dass der erste Haushaltsentwurf kritisch geprüft wurde und nun ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wird.

Er bittet darum, für 2023 und den folgenden Jahren im Bürgerhaus 5.000 € für ungeplante Investitionen in die technische Ausstattung in den Haushalt einzustellen.

StAR Kirchhoff erläutert, dass 10.000 € für 2023 eingestellt wurden. Für die folgenden Jahre wurden noch keine Investitionen erfasst. Diese können bei der Aufstellung des Haushalts für 2024 berücksichtigt werden.

RM Müller schlägt vor, für 2023 für die Erneuerung der Scheinwerfer im Bürgerhaus 25.000 € in den Haushalt einzustellen. Weiterhin sollen für 2024 für den Austausch des Lichtmischpultes 15.000 € eingestellt werden.

RM Grimpe beantragt, wieder die 12.000 € für den Förderverein Familienzentrum in den Haushalt aufzunehmen, die im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen gestrichen wurden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Weiterhin schlägt er vor, dass die Verwaltung eine Richtlinie oder Satzung erarbeitet, nach der alle Vereine, die von der Stadt eine größere Summe erhalten, einen Rechenschaftsbericht oder Haushaltsplan vorlegen, aus dem die Notwendigkeit der kommunalen Förderung hervorgeht.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

1. Die der Sitzungsvorlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 werden beschlossen.
2. Das der Sitzungsvorlage beigefügte Investitionsprogramm 2023 - 2026 wird beschlossen.

- 8.1. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 11.11.2022 - Ansiedlung des Jugendzentrums beim Schulzentrum - Übernahme der Kosten durch den Kreis - Pferdestall als Treffpunkt für freie, ehrenamtliche Initiativen und Vereine mit nur noch einer Vollzeitkraft seitens der Stadt - Einsparung von jährlich 400.000 €, **AN-Nr: 21/0073**

RM Just stellt kurz den Antrag der Freien Bürger zur Ansiedlung des Jugendzentrums beim Schulzentrum vor. Er bittet darum, dass die Verwaltung das mögliche Einsparpotential darstellt.

BM Böhling sagt eine Antwort der Verwaltung zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 01.12.2022 zu.

8.2. Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2022 - 2. Bauabschnitt Neubau KiTa Jungfernbusch - Baustopp, **AN-Nr. 21/0076**

RM Kasig stellt den Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung der Mittel für den Bau der Kita Jungfernbusch aus dem Haushalt 2023 und einen sofortigen Baustopp vor.

RM Homfeldt lehnt den Antrag für die CDU-Die Grünen-Gruppe mit der Begründung ab, dass durch den Wechsel der Kinderbetreuung zum Landkreis keine Nachteile für Eltern und Kinder entstehen dürfen. Derzeit laufen Absprachen zur Nutzung der Gebäude mit dem Kreis.

RM Grimpe ergänzt, dass eine faire Lösung für alle Gebäude gefunden werden muss und daher sollte den Verhandlungen nicht vorgegriffen werden.

Es ergeht mehrheitlich folgender Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

8.3. Antrag der SPD-FDP-Gruppe vom 22.11.2022 - Neubau der Ortswehr Schortens, **AN-Nr. 21/0077**

RM Kasig stellt den Antrag der SPD-FDP-Gruppe vor, alle Mittel für Investitions- und Sanierungsmaßnahmen für das Gebäude der Ortswehr aus dem Haushalt 2023 zu streichen und stattdessen 50.000 € für Planungskosten für ein neues Feuerwehrgebäude einzustellen.

RM Homfeldt stimmt dem Antrag grundsätzlich zu. Er verweist auf den Feuerwehrbedarfsplan, nach dem das Gebäude die Anforderungen nicht erfüllt. Er schlägt vor, den Antrag bis zu den Haushaltsberatungen 2024 zu verschieben, da die Stadt derzeit nicht über ein geeignetes Grundstück für einen Neubau des Feuerwehrhauses verfügt.

Die SPD-FDP-Gruppe lehnt den Vorschlag, den Antrag zu verschieben, ab.

Es ergeht mehrheitlich folgender Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-FDP-Gruppe wird abgelehnt.

9. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen gestellt.

Maximilian Striegl
Stellv. Vorsitzender

G. Böhling
Bürgermeister

Olaf Kollmann
Protokollführer